

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 456 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 214



**Bezugspreis:** monatlich 12.70 — ohne Sachbesitz, Beilagen nehmen keine. Einzelhefte 1.20. Postgebühren und Abbestellungen entgegen.  
**Morgen-Ausgabe**  
**Anzeigenpreis:** Die Spalte 24 mm breit und 10 mm hoch 70 Pf. Die Spalte 30 mm breit und 10 mm hoch 80 Pf. Abon. nach Cassel, Erfurt, Gera, Halle, Magdeburg.  
**Geschäftsstelle:** Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf Amt Kurflur Nr. 8280  
 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saalze

# Umschwung der englischen Politik

## Die Sorgen um die Reparationen

### Stundung der deutschen Zahlungen?

Wie die Mäpfer melden, wird Lloyd George nach seiner heutigen Rede in Anberaumung nach London reisen und dort morgen früh eintrafen. Nach seiner Rückkehr wird er mit Treibersführern in Dominie drei Beratungen über die Arbeitslosenfrage abhalten. Bei den Konferenzen in Caixloch erörterte der Premierminister mit den Sachverständigen für Handel und Finanzen die allgemeine Weltlage.  
 „Daily Chronicle“ glaubt nicht anerkant, daß eine dauernde Lösung des Arbeitslosenproblems von der Wiederherstellung normaler internationaler Handelsbeziehungen abhängig sei.  
 „Daily Mail“ berichtet, in den Konferenzen in Caixloch sei bereits hingewiesen worden, daß der Friede in naher Sicht eine der Vorbedingungen für die Verringerung der Zahlungen und für das Wiederaufleben des Handels sei. Ein wichtiger Teil der Erörterungen sei die Frage der deutschen Reparationszahlungen gewesen. Laut „Daily Mail“ herrscht in gewissen Kreisen die Ansicht vor, daß wenn man Deutschland im gegenwärtigen Augenblick zwingen würde, seine Verpflichtungen zu bezahlen, das nur zu einem weiteren Stillstand der Wirtschaft und zu ernstlichen Wirtschaftskrisen führen würde, wodurch das Wiederaufleben des Handels ernstlich Schaden gelitten werden würde. Ein Entschluß könnte nicht gefaßt werden, bevor nicht Lloyd George am Donnerstag mit dem Kabinett in London beraten habe. Laut „Daily Mail“ besteht jedoch die Möglichkeit, daß Verhandlungen von großer Bedeutung in der internationalen Politik der britischen Regierung das Ergebnis der in Caixloch stattgefundenen Konferenzen sein könnten.  
 Weiter wird aus London gemeldet:  
 Es steht fest, daß die englische Regierung nicht in der Lage sein wird, die Exportzölle zu beschaffen außer auf dem Wege einer öffentlichen Anleihe. Der Präsident der englischen Handelskammer, Macdon, erklärte gestern in einer Rede, daß man sich auf die Aufhebung einer öffentlichen Anleihe in nächster Zeit gefaßt machen könne. Die Regierung habe nicht die notwendigen Mittel, um die Exportzölle zu stellen, ja, sie habe sogar Schwierigkeiten, für die Budgets aus den laufenden Einnahmen Deckung zu finden. Anleiheemissionen würde eine neue Kontamination einleiten, falls die neue Anleihe nicht auf andere Weise, nämlich unbedingte eine Restriktion einleiten würde, was unbedingt vermieden werden müßte.

geherrschter Tragweite habe, dessen Annahme noch aussteht, da von definitiven Entscheidungen in Caixloch noch keine Rede sein könne. Die Banken sollen bereit sein, jeden Kredit für die Ausfuhr zu gewähren und sich vorzubereiten, die Regierung im Hinblick zu nehmen, voranzufahren, daß die Regierung für eventuelle Verluste der Banken aufkomme. Auch die großen Versicherungsgesellschaften sollen sich hieran beteiligen. Die Kontrolle aller Finanzoperationen soll das Handelsministerium übernehmen.

**Industrie und Reparationsleistung**  
 Wie die „Berliner Politischen Nachrichten“ erfahren, haben sich in der gestrigen Sitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in München, in der über die Restitutionsfrage die Reparationszahlungen verhandelt wurde, erhebliche Bedenken und Widerstände gezeigt. Nach eingehenden und überzeugenden Darlegungen des Direktors Köhler-Berlin wurde aber schließlich die bekannte, bereits beschlossene Resolution über das Angebot nahezu einstimmig gutgeheißen. Zur weiteren Verhandlung mit der Regierung über das Projekt und seine Ausgestaltung wurde ein Arbeitsausschuß eingesetzt, dem Mitglieder des Präsidiums und des Vorstandes des Reichsverbandes angehören, und der seine Tätigkeit sofort aufnehmen wird.

## Loucheur—Rathenau

Nach einer Meldung des „Journal“ werden Loucheur und Rathenau endgültig am 6. Oktober zusammenzutreffen. Man hofft zu einem vollen Einvernehmen zu gelangen. Zwei heutzutage Sachverständige sind bereits nach Paris gekommen, um die noch zu erledigenden Fragen zu beraten.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich gestern in vertraulicher Sitzung mit dem Wiesbadener Abkommen Rathenau—Loucheur unter dem Vorsitz des Abg. Stresemann. Von Seiten der Reichsregierung waren außer dem Wiederaufbauamt der Minister des Auswärtigen Dr. Bosen, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Dantel, sowie Beamte des Wiederaufbauamts, des Finanzministeriums und des Auswärtigen Amtes anwesend. Nach einem ausführlichen Vortrag des Reichsministers Dr. Rathenau trat der Ausschuss in die Besprechung ein. Nach der Billigung des Beschlusses des Ausschusses Dr. Schiffer in längerem juristischen Ausführungen fest, daß sich das Wiesbadener Abkommen zwischen Rathenau und Loucheur innerhalb des Rahmens des Friedensvertrages halte. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums berichtete ausführlich über die Ausführung der einen Milliarde Goldmark nach dem Willkür. An der Diskussion nahmen die Abgeordneten Rathenau, Dr. Bosen, Dr. Stresemann, Dr. Helfferich, Dr. Weizsäcker, Dr. Götze. Am Schluß der Sitzung beschäftigte man sich mit den Verhandlungen in Metzgerfeld.

## Spain und Stegerwald: eine große Rechte oder ein Block der Mitte?

Von Oberstudienrat Dr. Carl Stegerwald, Mitglied des preussischen Landtages.

Die Bildung der neuen Regierungskoalition im Reich und in Preußen geht doch nicht so glatt vor sich, wie die Mäpfer dieses Gedankens hoffen und wünschen. Nicht als ob die Führer der Parteien nicht wollen; an ihrer grundsätzlichen Bereitschaft ist seit Görlich und Lüdenfeldt nicht zu zweifeln. Aber die Massen wollen noch nicht recht einverstanden sein. Die Mitglieder der Deutschen Volkspartei haben zu lange die rote Wirksamkeit im Staat und Komme befehligt, um nun plötzlich mit den Sozialdemokraten eine Regierung zu bilden. Und die Sozialdemokraten haben auf Befehl von Scheidemann und Seimann ein Jahr lang jedes Zusammenarbeiten mit denen um Stresemann als verabschiedungswürdig abgelehnt und die Einigung des Proletariats verhindert; nun wollen sie, wie die Beiführer der Berliner Funktionäre zeigen, nicht plötzlich umlernen. Dies Verhalten der beiderseitigen Anhänger läßt die Verhandlungen nicht recht vorwärts kommen, und die Frage, ob große Rechte, große Mitte oder Block der Mitte fest steht zur Debatte. Wie alle Fragen unseres politischen Lebens, so ist auch diese innerhalb des Rahmens stark umritten, besonders nach der Richtung hin, ob jetzt eine Sammlung besonders nach der Richtung hin, ob jetzt eine Sammlung nach rechts oder der Block der Mitte das Gebot der Stunde sei. Zwei Persönlichkeiten sind hier in letzter Zeit besonders hervorgetreten: Martin Spain und Adam Stegerwald. Sie standen einander sehr nahe; beiden gemeinsam ist die christliche Grundlage ihres politischen Denkens, warmes soziales Empfinden, starkes Nationalgefühl und ein festes Verständnis für den preussischen Staat und seine Lebensnotwendigkeiten. Aber während Stegerwald mehr durch den Eindruck der wachsenden Gewalt sozialistischer Organisationen bestimmt wird, ist in Martin Spain die Wirkung der geschichtlich angeordneten und letzten Endes doch Gegenpart und Zukunft bestimmenden Kräfte lebendig. Beide haben ihre Meinungen in der letzten Zeit in größeren Rundreden niedergelegt, Stegerwald in seinem Artikel über die „Reorientierung des Parteilebens“ im „Deutschen“, Spain in seinem eindrucksvollen Vortrag über den „Weg zur deutschen Nation“, in dem den deutschnationalen Parteien in München und in einer Rede am 28. September in der Berliner Wilhelmshalle.

Stegerwald ist überzeugt, daß nach der besonderen Charaktereigenschaften des deutschen Volkes für seine künftige Führung nur zwei Parteien wirklich in Betracht kommen können, nämlich entweder eine Partei, die sich an die materialistischen Reagen der menschlichen Seele anlehnt, die mechanische Weltanschauung vertritt, für in wesentlichen der moralischen Sozialdemokratie entspricht; oder eine Partei, die die religiös-sittlichen Einigungskräfte vertritt, also eine Partei, die sich resultiert auf den Boden der christlichen Weltanschauung stellt. Eine solche wahre deutsche Volkspartei ist für Stegerwald noch nicht vorhanden, keine der vorhandenen Parteien genügt seinen Anforderungen, das Zentrum hat eine starke funktionelle Tradition, die Demokraten und Deutsche Volkspartei werden nie Massenparteien sein und die Deutschnationalen leben wie er meint, einseitig vom Verfall der Partei und der nationalen Wirksamkeit. Bis aber die deutsche Volkspartei der Zukunft geschaffen ist, will Stegerwald eine möglichst breite Koalition schaffen und dadurch möglichst viele Kreise mit dem Odium belasten, das heutzutage in der Führung der Regierung liegt. Eine große Rechtspartei möchte auch er, aber erst in der Zukunft, und es soll seine neue Rechtspartei sein.

Von der gleichen Weltanschauung aus hat Martin Spain seinen Anschluß an die Deutschnationalen Volkspartei vollzogen. Ihm ist ein Verfassungskreis auf dem Boden der formalen Demokratie ein Verbot auf einer höheren Ebene, und in Deutschland sind bei der ersten Veranlassung der Deutschen, das die in der formalen Demokratie liegende Meinung zur Geltung der Kräfte im Staat und Gesellschaft begehren, freier, nur geringe Geminnungen gegen ein solches Verbot vorhanden. Auch die Mittelparteien, a. B. das Zentrum, haben sich in den entscheidenden Stunden, in den großen Krisen immer rechts gebildet. Deshalb ist ein fester Wall gegen die Welle von links nötig. Der Weg der Rechten wird so froh vertreten werden, daß er eine Lebensfähigkeit durchsetzt. Spain behauptet, daß die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei wieder zur Mitte abgewandert sind. Er sieht in dem geplanten Block der Mitte mehr einen erweiterten Linken. Diese Mitte kann durch die Verbindung mit der Sozialdemokratie keine deutsche und christliche Politik treiben. Sie kann

schon einen offiziellen Bericht der Agentur Reuters (Schönen die griechischen Lloyd George und den Vertreter der Finanz- und Industrie getrossenen Verhandlungen ein gültiges Merkmal zu gewinnen. „Evening Standard“ will nicht, daß die Delegierten des Congress in Genoa nicht anwesend, aber diese Verhandlungen des künftigen Einverständnisses zu beobachten. Trotzdem glaubt der Reporter dieses Wortes zu wissen, daß es sich um ein Projekt von un-

## Ungünstige Entscheidung über Oberschlesien?

Die Gerüchte über die Entscheidung in der ober-schlesischen Frage, die mit dem Bekanntwerden des vorläufigen Erkenntnis der Entscheidung immer zahlreicher herumfliegen, bedürfen sich allmählich so stark in bestimmter Richtung, daß man an ihnen nicht mehr vorbeigehen kann. Die Entscheidung der Riererkommission soll angeblich in allen wesentlichen Punkten bereits festgelegt sein und die Berechnung der deutschen und polnischen Sachverständigen aus Oberschlesien soll nur noch den Zweck verfolgen, Einzelheiten der Grenzführung festzulegen. Die Entscheidungen, wie sie die Riererkommission feststellt, sollen, so sagt man, vom Rat ohne Änderung angenommen werden, da dessen Mitglieder, die nicht in der Riererkommission sitzen, bereits auf dem Laufenden über alle Arbeiten der Kommission gehalten worden sind.  
 Was nun den tatsächlichen Inhalt der Entscheidung anlangt, so muß sich, wenn die hier umlaufenden Gerüchte nicht unangehörig richtig sind, das deutsche Volk auf eine schwere Entscheidung gefaßt machen. Die Grenzlinie wird sich trotz aller Sachverständigenentscheidungen über die Möglichkeit einer Teilung des angrenzenden Industriegebietes, mittels durch dieses Gebiet gelegt werden, und zwar angeblich derart, daß heute nur noch ein Schichtarbeiter nicht ganz entschädigt sein soll, dagegen ein Industriearbeiter öftlich und nördlich von Weichen und schließlich die Kreis Rastatt und Rast schon endgültig Polen zugehört sein sollen.  
 Den von den Sachverständigen der Riererkommission dem wahren Vertreter der Gewerkschaften und der ober-schlesischen Industrie ist ein strenges Schweigegebot auferlegt worden. Doch

sind die Fragen der Sachverständigen, wie man hört, so gestellt worden, daß die benannten deutschen und polnischen Vertreter selbst daraus feinerlei Schlüsse auf die getroffenen politischen Entscheidungen ziehen können.  
 Trotzdem Polen an den Seidungen des Rates an Oberschlesien und natürlich erst recht an den Beratungen der Riererkommission feinerlei direkten Anteil hatte, ist es nicht zweifelhaft, daß Polen durch allerlei Hinterzügen doch sehr erheblich gearbeitet hat, eine Möglichkeit, die Deutschland, das außerhalb des Völkerbundes steht, ganz verlagert war. Dazu ist die deutsche Denkschrift bis spät hier eingetroffen, um nach irgend einem Einfluß ausüben zu können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Spruch des Völkerbundes noch vor Ende dieses Wades gefällt werden wird.

## Beilegung des Königs von Württemberg

Die Beilegung des Herzogs Wilhelm von Württemberg findet am Freitag vormittag 11 Uhr auf dem alten Friedhof in Ludwigsburg an der Stelle seiner ersten Gemahlin statt. Am Donnerstag wird im Schloß zu Weichenau eine Trauerfeier abgehalten und in der Nacht zum Freitag die Leiche nach Ludwigsburg übergeführt. Von jantischen deutschen Bundesfürsten sind Beilegungsgramme eingegangen.

## Das Wohnungsbauprogramm

Am Reichstagsauschuß für Wohnungswesen wurden die Richtlinien für ein verändertes Wohnungsbauprogramm für die Jahre 1922/23 in ihrem wesentlichen Teil am 9. Oktober im Reichstag durch die Bestimmung, daß ein dem Reichsfinanzministerium analoges Bundesministerium für Wohnung- und Siedlungsfragen begründet werden soll. Eine wesentliche Änderung der Vorlage trat ferner darin ein, daß nicht, wie in der Vorlage vorgesehen war, in der gemeinschaftlichen Verwendung der Mittel zu 20 Prozent privatrechtlich geförderter Wohnbauten vorgesehen wird.





